

„Reformen müssen für Rentner und Pensionäre gelten“

Wilfried Krahwinkel vom Steuerzahlerbund legt Streichliste für Beamtenversorgung vor / Für Rothaus-Verkauf

Karlsruhe. Sparen, sparen und nochmals sparen – davon reden fast alle. Die knifflige Frage ist nur: Wo soll der Rotstift streichen? Der Bund der Steuerzahler hat da seine eigenen Konzepte – und die nehmen auch Senioren, Familien und Schulen nicht aus. Mit Wilfried Krahwinkel, Volkswirt und Vorstand des baden-württembergischen Steuerzahlerbundes, sprach BNN-Redakteurin Elvira Weisenburger.

Welcher bitten
Wahrheit
müssen Politiker
und Bürger
aus Ihrer Sicht endlich ins Auge sehen?

Krahwinkel: Der Wahrheit, dass wir so nicht weiter leben können. Alle Kosten werden seit Jahrzehnten auf die nachfolgenden Generationen verschoben. Man muss sich das mal bewusst machen: Baden-Württemberg hat seit 1972 überhaupt nur in zwei Haushaltsjahren keine neuen Schulden gemacht, und bis heute hat es einen Gesamtschuldenberg von 45 Milliarden Euro angehäuft. Ich habe vor Jahrzehnten einen Artikel geschrieben mit der Überschrift: „Kinder haften für ihre Eltern“. Das gilt heute mehr denn je.

Wie lauten nun Ihre zentralen Forderungen an die Sparpolitik der Regierung Mappus, damit die Jüngeren nicht nur den Bankrott verwalten dürfen?

Krahwinkel: Der erste Grundsatz muss lauten: Auch beim Sparen muss die Treppe von oben nach unten gekehrt werden – auch die Politik muss sparen. Wir fordern unter anderem die Zusammenlegung von Ministerien und die Absenkung der Ministerversorgung. Und der zweite große Grundsatz lautet: Das Land muss die Pensionslawine in den Griff bekommen. Wir wollen, dass sämtliche Reformen im Rentenrecht auch auf die Pensionen übertragen werden.

Die Beamten haben schon bei der Diskussion über die Pension mit 67 Jahren heftig über „Sonderopfer“ geklagt. Wie rechtfertigen Sie nun eine ganze Palette von Abstrichen?

Krahwinkel: Wir wollen keine Sonderopfer von den Beamten, wir wollen einfach soziale Gerechtigkeit. Tatsache ist: Die durchschnittliche Pension bei den Landesbeamten geht gegen 3 000 Euro – wobei diese Summe noch ver-

steuert werden muss. Beim sogenannten Eckrentner, der 45 Jahre gearbeitet hat, haben wir heute eine Rente von 1 220 Euro. Und für den Landeshaushalt bedeuten die Pensionsansprüche, dass die Ausgaben für die ehemaligen Beamten von 2,4 Milliarden Euro im Jahr 2008 auf 7,9 Milliarden Euro im Jahr 2050 steigen werden – falls keine Reformen stattfinden.

Welche Änderungen am Pensionssystem sind aus Ihrer Sicht vor allem nötig?

Krahwinkel: Wir brauchen, genauso wie bei der Rente, einen Nachhaltigkeitsfaktor, der das Verhältnis zwischen Pensionären und Einkommensteuern abbildet. Außerdem dürfen die Ausbildungszeiten für Akademiker nicht mehr bei den Pensionen angerechnet werden – im Rentenrecht sind sie auch abgeschafft. Da geht es immerhin für manchen Akademiker um 120, 130 Euro im Monat. Wenn wir außerdem die Pension mit 67 wie im Rentenrecht einführen, dann müsste das Land im Jahr 2050 rund 6,3 Milliarden Euro statt 7,9 Milliarden Euro für die Pensionen aufwenden.

Ihre Streichliste für Pensionäre ist allerdings noch länger...

Krahwinkel: Ja. Die 13. Pension ist zu streichen. Rentner haben auch keine 13. Rente. Und die Beihilfe für Pensionäre ist abzusenken. Ein Rentner bezahlt 50 Prozent seiner Krankenkassenbeiträge, Pensionäre bekommen jedoch 70 Prozent Beihilfe. Wir vom Bund der Steuerzahler sagen, für Rentner und Pensionäre muss die 50:50-Regel gelten.

ten. Außerdem darf nicht das letzte Amtsgeld für die Pensionshöhe entscheidend sein, sondern die Lebensarbeitsleistung – genau wie bei den Rentnern.

Wird angesichts leerer Kassen am Ende womöglich eine Art Einheitsversorgung für Rentner und Pensionäre stehen?

Krahwinkel: Nein. Da wäre das Bundesverfassungsgericht davor – denn es hat ja festgestellt, dass die Pension eine Vollversorgung ist, die Rente aber nur eine Teilversorgung.

Die Pensionäre allein werden den Haushalt ohnehin nicht sanieren. Welche weiteren großen Einsparungsmöglichkeiten sehen Sie?

Krahwinkel: Die Subventionen sollten insgesamt um mindestens zehn Prozent gekürzt werden – aber nicht nach der Rasenmäher-Methode. Jedes Ministerium entscheidet dann, bei

welchen Einzelposten wie viel gestrichen wird. Zudem sollte sich das Land von Vermögen trennen – es muss sich ja zum Beispiel nicht im Brauereiwesen engagieren.

Sie fordern also den Verkauf von Rothaus?

Krahwinkel: Zum Beispiel. Aber auch ein Verkauf der Landesbank darf kein Tabu sein.

Wo sehen Sie noch große finanzielle Verbesserungschancen für das Land?

Krahwinkel: Die Landesstiftung sollte aufgelöst werden – sofern das nach zehn Jahren tatsächlich ohne Steuernachzahlung möglich ist. Das brächte über zwei Milliarden Euro – und die dürften einzig und allein zur Schuldentilgung verwendet werden. Ein dicker Ausgabenbrocken für das Land ist der Länderfinanzausgleich. Wir unterstützen in jedem Fall, dass die Regierung in dieser Sache klagen will. Baden-Württemberg hat seit 1950 insgesamt 66 Milliarden an andere Länder gezahlt. Das Land hat jetzt 45 Milliarden Schulden – wir könnten, rein finanzmathematisch gesehen, ohne Finanzausgleich heute schuldenfrei sein. Vor allem stört es uns, dass die Empfängerländer völlig frei darin sind, wie sie das Geld ausgeben. Es dürfte aber nicht für Geschenke-Wohltaten ausgegeben werden, sondern nur für Strukturverbesserungen.

Auf Ihrer Liste mit Sparvorschlägen steht auch das Landeserziehungsgeld für einkommensschwache Familien, das mit vergleichsweise geringen 50 Millionen Euro zu Buche schlägt. Was sagen Sie sozial engagierten Menschen, die darüber empört sind?

Krahwinkel: Zum einen ist das Landeserziehungsgeld eine freiwillige Leistung, die nur in ganz wenigen Bundesländern gewährt wird. Und wir müssen einfach den Realitäten ins Auge sehen. Die Kinder, für die heute das Landeserziehungsgeld ausbezahlt wird, die werden später die Zinsen und Zinseszinsen dafür bezahlen müssen.

Ist das auch Ihr Argument, wenn Sie weniger Lehrer fordern und den Klassenteiler nicht weiter senken wollen?

Krahwinkel: Ich meine auch, mehr Geld bedeutet nicht automatisch mehr Bildung. Es ist gut und schön, wenn alle rufen, an der Bildung dürfe nicht gespart werden. Aber man muss auch die sinkenden Schülerzahlen sehen – und man muss auch im Bildungsbereich die Strukturen untersuchen.



„MEHR GELD BEDEUTET NICHT AUTOMATISCH MEHR BILDUNG“, meint Wilfried Krahwinkel.

Foto: Sandbiller